

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis mit den Wochenbeilagen "Anker der Woche" u. "Sportbogen" durch die Post für 240 ohne Postgebühren, durch Boten 20,- frei Haus monatlich. Erstausgabe nachmittags. Einzelnummer 15 Pfg. Geschäftsstellen: Dölitzstr. 4 (Hauptstelle), u. Gothaer Str. 38. — Im Falle des Verfalls (Streit usw.) besteht kein Anspruch auf Lieferung od. Rückvergütung.



Nr. 59 Mittwoch, den 11. März 1925 165. Jahrgang

Marx in Preußen niedergewählt. 222 Stimmen von 443.

Die gestrige Sitzung des Landtages begann gegen 2.30 Uhr. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen wurde sofort die Wahl des Ministerpräsidenten, die unter Namensauftrag und Stimmzettelabgabe erfolgte, vorgenommen. Bei der letzten Wahl stimmten die Fraktionen der Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten, wieder für Marx, die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei wieder für Dr. v. Richter (D. Vp.). Die Freiwirtschaftler hatten einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Die Wirtschaftliche Vereinigung gab Partei für den Vizepräsidenten Dr. v. Richter ab. Die Kommunisten stimmten für die Freiwirtschaftler, soweit bisher festgelegt worden waren. Die Abg. v. Winterfeldt (D. Vp.). Wegen Todesfalls in der Familie befindet sich krank waren die Abg. Dr. Steffens (D. Vp.), Siebert (Soz.), Dr. Eichmann (Fr.), Jordan (Freiwirtschaftl. Ver.), Graf v. Helldorf (D. Vp.) und Stiller (Komm.). Die Zentrumskandidaten v. Bapen, Bonatz und Baumann waren anwesend und gaben ihre Stimmen für Marx ab. Kurz nach 4.15 Uhr verordnete Präsident Daniels das Ergebnis der Wahl. Abgegeben waren 443 Stimmen, ein Stimmzettel war unbenutzt. Es erhielten: Marx 222 Stimmen, Dr. v. Richter 151 Stimmen, Pica 42 Stimmen, Ledenborff 16 Stimmen, Ködner (D. Vp.) 11 Stimmen. Damit war der Abg. Marx bereits im ersten Wahlgang zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Eine Ansprache werden die Anträge über die Haftanstalten der Ausschussberatung überwiesen.

Aus dem Reichstage.

33. Sitzung. Dienstag, 10. März. Am Regierungstische: Reichsinnenminister Schiele. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Stellvertretung des Reichspräsidenten. Abg. Graf Bestarp (D. Vp.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage zustimmen, weil sie den höchsten Zuständigkeiten des Reiches mit der Stellvertretung betraue. Nachdem aber inzwischen der demokratische Vorschlag einer Kandidatur des Reichspräsidenten, die sich als unzulässig fest, daß aus der Zustimmung zur Vorlage keine Schlüsse auf die Haltung seiner Partei zur endgültigen Wahl des Reichspräsidenten gezogen werden dürfen. Abg. Büchtemann (D. Vp.) gibt eine gleiche Erklärung ab und behauptet, daß durch den Vorschlag der Demokraten die Verletzung des Reichspräsidenten in die politische Debatte gezogen werden. Abg. Koss-Weser (D. Vp.) erwidert, daß auch die Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage keine Vorbedeutung für die endgültige Wahl des Reichspräsidenten haben sollte. Die Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen. Ebenfalls in dritter Lesung endgültig gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten verabschiedet wird der Gesetzentwurf zur Übertragung der durch das Verbleiben des Reichspräsidenten entstehenden Stellen auf das Reich. Zur ersten Lesung gestellt werden dann die Gesetzentwürfe über die Gewerkschaften, über das Verbot der Landarbeiterschaften Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsausfällen. Zur Kenntnis genommen wird das Washingtoner Abkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft. Die zweite Lesung des Haushaltsplans wird dann fortgesetzt beim Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Ein neuer Ermächtigungssatz für die Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der einen neuen Artikel 77a in die Verfassung zu setzen vorgeschlägt. Es handelt sich, wie bekannt, um einen teilweisen Ergänzung des Artikels 48, der den Reichspräsidenten ermächtigt, "wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet sind, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen zu treffen". Die Regierung schlägt vor, einen neuen Artikel 77a in die Verfassung einzufügen mit folgendem Wortlaut: "Wenn die Sicherheit eines dringenden Vorfalls es erforderlich macht, kann, wenn der Reichstag nicht versammelt ist, die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichspräsidenten und des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksgemeinschaft, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen." Weiter wurde bestimmt, daß diese Verordnungen sofort außer Kraft zu legen sind, wenn der Reichstag dies mit einer Mehrheit beschließt. Der Unterrichtszweck der Verordnungen auf Grund des Artikels 48 und des neu vorgeschlagenen Artikels 77a ist, daß Voraussetzung bei Verordnungen auf Grund der neuen Bestimmung die Zustimmung des Reichspräsidenten und des ständigen Reichstags-Ausschusses ist, während bisher diese Anträge nicht gehört zu werden brauchten.

Beratungen über die Kandidatenfrage zur Reichspräsidentenwahl.

Die im Preussischen Landtag vollzogene Wahl des Ministerpräsidenten in der Person des Herrn Marx hat mit dazu beigetragen, die Klärung der Frage, wer nun endgültig für den Posten des Reichspräsidenten in Frage kommt, einen Schritt weiterzuführen. Marx, dem es wiederum gelang ist, die alte Stimmzahl auf sich zu vereinigen, ist es nicht nur mehr aus der Kandidatenliste aus, denn man rechnet damit, daß es ihm auf Grund von Verhandlungen und unter der Mitwirkung des Herrn Sebring möglich sein wird, ein Kabinett zusammenzustellen, das sich als arbeitsfähig erweisen wird, indem es über eine wenn auch kleine Mehrheit im Preussenhause verfügt. So mit bleiben für den Augenblick nur noch die Herren Jarres und Dr. Simons als Kandidaten übrig. Der Versuch der Demokraten, den plumpen Sieb der Sozialdemokraten, die einen eigenen Kandidaten aufstellen zu parieren, wird völlig in doppeltem Sinne gemittelt. Auf der einen Seite liegt bei den in Frage kommenden Stellen das Bestreben vor, die geschlagene Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, durch wieder zusammenzuführen, daß man sich auf Herrn Simons einigt und davon sich vielleicht veranlaßt sieht, seine ausstehende Rolle als Kandidat abzugeben, um sich an Ende zu spielen, sondern vorher zurücktritt. Auf der anderen Seite aber glauben die Demokraten auch, die ihnen wenig angenehm erscheinende Person des Dr. Jarres durch Aufstellung eines Gegenkandidaten ausschalten zu können. Auf jeden Fall ist die

Entscheidung in den demokratischen Kreisen über das Verhalten der Sozialdemokraten so groß, daß die Möglichkeit, zu einer Vereinigung aller bürgerlichen Parteien zu gelangen, sich wesentlich gebessert hat.

So fanden am Dienstag mittag Beratungen zwischen Delegierten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei mit den Demokraten statt, deren Ergebnis war, daß man für Mittwoch Vertreter des Zentrums und der Demokraten zu einer Konferenz mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aufgeführt hat, um bei dieser Gelegenheit sich endlich darüber schlüssig zu werden, ob sich ein gemeinsamer Kandidat der bürgerlichen Parteien aufstellen läßt oder nicht. Dr. Jarres als Kandidat hat bis jetzt die größten Aussichten, da die Rechtsparteien nicht geneigt sind, ihren Kandidaten fallen zu lassen, weil es den enttäuschten Demokraten möglich ist, den Herrn Jarres, eine neue Persönlichkeit nachhaft zu machen. Es ist auch bemerkenswert, daß die Demokraten in ihrem Schreiben vom Montag ausdrücklich erklären, sie wären bereit, nicht nur bezüglich Simons, sondern auch wegen eines anderen Kandidaten in Verhandlungen einzutreten. Hier zeigt sich bereits ein gewisses Zusammenkommen. Im übrigen muß erneut betont werden, wie innerlich umhüllt die Behauptung ist, man suche nach einem „republikanischen“ Kandidaten für den Vizepräsidenten. Dr. Jarres steht völlig auf dem Boden der Befassung und ist nicht ohne weiteres als „Republikaner“ anzusehen.

Wahlbestimmungen zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 10. März. Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmzettel für die am 29. März 1925 stattfindende Reichspräsidentenwahl vom 20. bis einschließlich 25. März 1925 anzulegen sind. Wird ein zweiter Wahlgang erforderlich, so werden die Stimmlisten und Stimmzettel nach Berechtigung erneut am 21. und 22. April 1925 angelegt. Näheres über Ort und Zeit der Auflegung geben die Gemeindebehörden nach bekannt. Einbürgerung gegen die Stimmlisten müssen bis zum Ablauf der Auflegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmliste eingetragen ist oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltag sich einen Stimmzettel rechtzeitig hat ausstellen lassen. Stimmverleiher, die aus dem besetzten Gebiet (alt und neu besetztes Gebiet) ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Verfassungsmacht verdrängt sind, insbesondere auch Personen dieser Art, die in Folge der Wohnverhältnisse vorhin nicht haben zurückkehren können, sind für die Wahl am 29. März 1925 und 21. April 1925 auf Antrag in die Stimmliste oder Stimmkarte ihres Aufenthaltsortes einzutragen, auch wenn sie an diesem Orte keinen Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

1,5 Prozent der Reichsbahnarbeiter im Streik.

Berlin, 11. März. Wie die „T.-Z.“ erzählt, streifen von insgesamt 430 Tausend Eisenbahnarbeitern nach dem Stand von Dienstag abend etwa 6600; das sind ungefähr 1,5 Prozent. Betrieb und Verkehr wird überall glatt durchgeführt, auch im Berliner Bezirk. Alle Güterabfertigungen arbeiten. Güter- und Personenzüge verkehren ohne Störung. In der Einleitung des Reichsarbeitsministers an die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und die beteiligten Gewerkschaften, am Donnerstag zu einer Vorbesprechung über Schlichtungsmöglichkeiten zusammenzukommen, hat Generaldirektor Deier, der wegen Krankheit das Zeit hüten muß, seine Zustimmung sofort gegeben.

Eine wichtige Entscheidung in der Schallfrage.

Berlin, 11. März. Im Bildungsausschuss des Reichstages wurde ein Antrag auf die Dauer der Grundschule angebracht, in dem bestimmt wird, daß besonders leistungsfähige Schüler bereits nach drei Jahren in die Sekta überzugehen berechtigt sind.

Die Reichspräsidentenwahl.

Die letzten Entscheidungen über die Kandidaturen für die Reichspräsidentenwahl sind noch nicht endgültig gefaßt; das Feld läßt sich aber schon klar genug übersehen, um die für den ersten Wahlgang vorhandenen Möglichkeiten offen darzulegen. In der demokratischen Presse liest man seit zwei Tagen den Schmerzruf: die Rechte hat sich geeinigt, die Linke bleibt gesplittert! Die Kandidatur des früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun hat die Träume von einem gemeinsamen Vorgehen der Weimarer Koalition in der Reichspräsidentenfrage graulich zerstört, obwohl der „Borndäms“ sofort tröstend darauf hinwies, daß es sich ja doch schließlich nur um den ersten Wahlgang handele. Offenbar berstet bei dem Häuflein Klein, das sich noch immer deutsche Demokratie nennt, eine gewisse Beforgnis, daß der Kandidat des Staatsbürgerlichen Blocks schon im ersten Wahlgang nur durch absolute Mehrheit zu erreichen ist, die relative Mehrheit erst beim zweiten Wahlgang entscheidet, so ist diese Sorge der demokratischen Presse leider wenig begründet. Abgesehen auf die Stimmenverhältnisse der Reichstagswahl vom 7. Dezember müßte der staatsbürgerliche Block nicht nur gegenüber den Parteien der Weimarer Koalition rund 900 000 Stimmen aufholen, sondern außerdem noch die rund 2 1/2 Millionen kommunistischen Stimmen; und die Aussicht dazu ist naturgemäß nicht groß.

Bekanntlich war die Vorbereitung der Präsidentenwahl eine Art Ausschuss gebildet worden, zu dem neben den bürgerlichen Parteien die großen Organisationen der Wirtschaft, auch die christlichen Gewerkschaften, ferner die vaterländischen Verbände und führende Vertreter der kulturellen Strömungen in Deutschland zugezogen waren. Also ein tatsächlich überparteiliches Gremium, für das der Name des früheren Staatsministers v. Loebell nicht irgendeine politische Prägung, sondern nur den neutralen Boden bedeutete. Seinem überparteilichen Charakter trug dieser Arbeitsausschuss auch dadurch Rechnung, daß er Persönlichkeiten den Vorschlag gab, die wenigstens nicht im engeren Sinne, parlamentarisch oder regierungsmäßig, politisch gebunden sind. Nach tagelangen intensiven Verhandlungen kam man am vorigen Sonnabend zu einer wenn auch noch nicht endgültigen Komitierung des Reichspräsidentenstandbaten; die Wahl fiel auf den früheren Reichsminister des Innern, Georg Meißner Jarres. Den Namen zu der schließlich, liegt heute kein Anlaß mehr vor; wenn auch die letzte Entscheidung erst heute fallen soll, so dürfte es sich doch nur noch darum handeln, ob eine einzelne Gruppe des Ausschusses bei der Stange bleibt oder nicht. Wie die Kandidatur Braun auf der einen, so ist also nach allem Ermessen die Kandidatur Jarres auf der anderen Seite heute sicher; unbedacht natürlich der Möglichkeit, daß sich für den zweiten Wahlgang neue Gruppierungen ergeben.

Es soll ruhig ausgesprochen werden, daß man dies gestern abend noch an die Möglichkeit eines Zusammengehens mit dem Zentrum glaubte. Diese Möglichkeit hat das Zentrum jetzt mit der Auffstellung des Herrn Marx als Präsidentenstandbaten zerlegt. Das Zentrum trägt jetzt einig und allein die Schuld an der Nichtgewinnung des staatsbürgerlichen Wagers. Zuzugefügt muß werden, daß das Zentrum in dieser Frage auch sehr unglücklich operiert hat. Seine Schuld und sein Fehlschritt liegen wesentlich in dem Namen Marx beschlossen. Wir sind fast überzeugt, daß eine Einigung zwischen den äußerlich um den Namen Loebell gruppierten Parteien und Organisationen und dem Zentrum läßt sich durchaus möglich war; zugleich davon, daß man dem Zentrum hierbei weit entgegenkommen wäre. Das Zentrum aber hat das Mißtrauen gegen seine politischen Gesinnung wie die anderen staatsbürgerlichen Parteien zur Beteiligung an dem Arbeitsausschuss eingeladen, hat es sich zuerst auch vertreten lassen, alsbald jedoch daraus zurückgezogen. Dazu lag schon um so weniger Anlaß vor, als durch die Beteiligung an dem Ausschuss in seiner Weise Bindungen gegeben waren. Das Zentrum hat sich ferner aber auch an den interparteilichen Besprechungen im staatsbürgerlichen Lager, die selbstverständlich noch neben den Verhandlungen des Arbeitsausschusses hingen, nicht beteiligt. Welches mochte noch hingehen. Sehr viel härtere Bedenken aber müßten noch nach werden, als eine neue Kandidatur Marx für die preussische Ministerpräsidentenwahl angekündigt wurde, ohne daß Herr Marx es für nötig gehalten hätte, der Opposition im Landtage irgendein greifbares Zeichen von praktischem Entgegenkommen zu geben.

Das muß festgelegt werden, um einer für die gemeinsame staatsbürgerliche und christliche Sache verberlichenden Gegenüberstellung vorzubeugen.

Die letzte Rettung.

Aus Magdeburg wird gemeldet: Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-rot-gold hat beschlossen, den Bundesvorsitzenden, Oberpräsidenten Körting, nach Berlin zu entsenden, um dort mit den Vorständen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten die Möglichkeit einer gemeinsamen republikanischen Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu besprechen.

Vertical text on the left margin containing various numbers and small text fragments.

Vertical text on the right margin containing various numbers and small text fragments.



Beginn des zweiten Rothardt-Prozesses.

Magdeburg, 10. März. Vor der Strafkammer des Landgerichts Magdeburg begann heute die zweite Verhandlung gegen den Redakteur Rothardt von der 'Mitteleuropäischen Presse' in Stuttgart wegen Beleidigung des Reichspräsidenten.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bubobich, eröffnete gegen 11 Uhr die Sitzung. Vor Eintritt in die Verhandlung gab Reichsanwalt Hinzenbach eine Erklärung ab, in der er ausführte: 'Es handelt sich in diesem Prozeß nicht um den Menschen Ebert, sondern um Ebert als Vorkämpfer des Sozialdemokratischen Partei; nicht persönliche Eigenschaften des erlernten, sondern politische Handlungen des letzteren sind zu untersuchen.'

Die Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert, wie dies in dem vom Rothardt abgedruckten Brief des Dr. Günther behauptet worden war, Landesverrat begehungen habe, diese Erringung der Tätigkeit Eberts wurde nicht nur auf den Januarireis, sondern auf seine ganze

politische Haltung während des Krieges erstreckt. In die Beleidigung des Urteils schloß sich die Beleidigung der Berufsgründe an, die die Staatsanwaltschaft geltend gemacht hatte. In dieser Berufsgründung heißt es: 'Das Urteil wird in vollem Umfange angefochten. Insbesondere wird Verurteilung des Reichspräsidenten des Reichspräsidenten und eine rechtswidrige Anwendung des § 86 St.G.B. gerügt, da die Feststellung des subjektiven Tatbestandes des § 89 in dem angefochtenen Urteil auf einer Verurteilung des Reichspräsidenten beruht.'

Bestimmte Handlungen des Politikers Ebert einer Unterwerfung und Beurteilung zu unterziehen. Das Wesen der Vorgänge liegt darin, daß die Mitglieder des Reichspräsidenten, mögen auch sonst die natürlichsten Gefühle für das Vaterland sei bewegt und beeinflusst haben, damals die Ziele der Internationalen Einigung für die russische Arbeiterregierung gänzlich Friede war die erste Streikforderung - die Klassenkampfziele und sonstige internationalen Forderungen in den Vordergrund gestellt haben, daß Mittel zur Verfolgung dieser Ziele und Forderungen das Mittel des Streits in Kauf genommen haben.

Unschuldig daran beantragt der Staatsanwalt die Ladung des Ministerpräsidenten a. D. Otto Braun als Zeugen, da dieser über den gesamten Fragenkomplex Auskunft geben könne, der mit der Sitzung der Streikleitung im Zusammenhang stand. Dann begann die

Bernehmung des Angeklagten.

Bei der Bernehmung des Angeklagten gab dieser an, am Kriege beteiligt gewesen, verwundet und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden zu sein. 1923 und 1924 war er verantwortlicher Redakteur der 'Mitteleuropäischen Presse'. Augenblicklich sei er in der Verlagsleitung beschäftigt.

Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß hierzu doch die verlegende Form wirklich nicht geeignet gewesen wäre. Am 10. April 1924 habe der Angeklagte bei seiner Bernehmung im übrigen erklärt, der Rathourf des Landesverrats zu verurteilen. Der Angeklagte gibt das zu. Damals habe er aber kein Beweismaterial für seine Behauptungen in den Händen gehabt.

Heute wolle er den Beweis erbringen.

Den Beweis für den Landesverrat lege er im Eintritt des Reichspräsidenten in die Streikleitung, aber auch in der gesamten Einstellung Eberts hinsichtlich. Die Frage des Generalratsanwalts, was der Angeklagte unter Landesverrat verstanden habe, beantwortet er damit, gelte es sich das Vaterland schädigende Handlung als Landesverrat an. Der Angeklagte vertritt im übrigen seine Ansicht darin, daß der Streik auch in Kiel zu entfassen versucht worden sei, läßt dagegen die Behauptung daß gleiches in Chemnitz versucht worden sei, fallen.

Die Striegauer Vorgänge vor Gericht.

39 Angeklagte und 400 Zeugen. - Ehemalige Amtsminister als Verteidiger.

Vor dem erweiterten Schöffengericht begann Montag der große Prozeß gegen 39 dem Reichsbanner angehörende oder nahelebende Personen, die an den blutigen Ausschreitungen beim Märzstreik teilgenommen hatten.

Der Angeklagte wird zur Zeit gelegt, zu Striegau am 26. Oktober 1924 an der öffentlichen Zusammenkunft einer Menschenmenge, die mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten beging, teilgenommen zu haben.

waren Reichsbannerleute herbeigerufen worden, zu denen sich auch schon Mitglieder des Arbeiterpartei-Bundes gesellten. Während beim Beschäftigten der Festzug Aufstellung nahm, wurden Mitglieder des Reichsbanners planmäßig an verschiedenen Stellen der Stadt bereit, die dann zum Angriff vorgingen. Die Polizei war machtlos. An verschiedenen Stellen kam es zu erbitterten Kämpfen mit Stöcken und Faustwaffen, in deren Verlauf viel Blut floss und zahlreiche Verletzte von der Kampflinie getragen werden mußten.

Um Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund.

Die am Montag begonnene Tagung des Völkerverbands wird als wichtiger Punkt der Tagesordnung die Antwort an Deutschland in der Frage des Eintritts in den Bund behandelt. Chamberlain hat nach seiner Ankunft in Genf mit den führenden Persönlichkeiten desgenen Rücksprache genommen. Der Entwurf seiner Antwort hat er auch mit Herriot besprochen. Die Antwort wird vor der Ueberrgabe an Deutschland im März verlesen und beraten werden. Der Inhalt der Antwort wird streng geheim gehalten.

Beerdigung des kaiserlichen Protokolls.

Paris, 10. März. Die Pariser Blätter berichten sich zum Teil auf die Wiedergabe von Stimmungsberichten und Situationsberichten über nach Genf geschickten Berichtserläuter. Sauerwein schreibt im 'Matin': Die Völkerverbandsdelegation hatten sich zur Beerdigung des Protokolls verammelt. Nächsten Donnerstag werde Chamberlain die Grabrede halten. Aus den hier vorliegenden Berichten ist zu entnehmen, daß sich der italienische Delegierte der Haltung Chamberlains anschließen wird. Er sei in diesem Sinne von Mussolini instruiert worden.

Der Erfinder.

Ein deutscher Roman aus Amerika von Max Schärer.

14) Wer wer hatte den Spülstrom angelasen? Das konnte nur Jachtrüchigkeit oder durch Schabernack geschehen sein! Zeit darüber nachzudenken über gar eine Unterredung anzustellen, war nicht, denn loeben kam ich allen Anzeichen des Entschens der unduldierte Gent aus dem Norden herbeischickte und rief nach seiner Begleiterin. Wo ist Mich Smells? Ich er einen Arbeiter an. Der zude nur stumm die Absicht. Da sah der Jüngling Bauer und stürzte auf ihn zu, seine Frage in erhabenem Ton wiederholend.

'Herrlich', rief Blossom Bauer entgegen und sprang leichtfüßig ab. 'Das haben Sie famos gemacht, Mr. Bauer!' 'Ich habe gar nichts gemacht', erwiderte der Deutsche, 'aber es freut mich, daß Ihnen der kleine Zwischenfall die gute Laune wiedergegeben hat.'

Einem geht oder ob er wieder das Quaint lernt, sofern er oder die Erben nur die Rechnung zahlen können.' 'Aun, und Sie selbst - sind Sie mit sich zufrieden?' 'So leidlich, ja.' Dabei kam er ins Hassen und der Kopf laut ihm wurde ins Klaffen.

Die Gulaschen im Ujseka-Prozess.

20. Verhandlungstag.

Zu Beginn der Verhandlung wurden die als sachverständige Zeugen geladenen Ärzte vernommen. Zeuge Dr. Kupper, Arzt der chirurgischen Station des Lazarus-Krankenhauses in Berlin, bezeugt, daß sich Kaufsch bei seiner Entlassung in einem sehr schweren Knochenschmerz befunden habe, so daß man von einem chirurgischen Eingriff absehen mußte. Im Schmerzbild und nach dem Verlauf des Schmerzes, der sich allmählich löste, wurde die zweite Kugel entfernt, die 2 3 Finger über der Kniekehle lag. Der Eingriff des ersten Schusses lag etwas unter dem Brustbein, das Geschloß wurde durch Nützgenbild in der Weidengenge festgelegt. Dann sei eine Nieren- und Nierenzungenbindung hinzugefügt.

Dr. Zimmermann schildert die weitere Behandlung der Wunden, die sich durch den Verstoß der Kugel gebildet haben. Er habe sich schon vor dem Schuß befunden, aber erst durch die Verletzung verstimmt worden. Ohne äußere Anzeichen sei dann Kauffsch plötzlich an einer inneren Verblutung gestorben.

Prof. Dr. Seiffert, der leitende Arzt des Lazarus-Krankenhauses, betont, daß nach dem ersten Befund für ihn keine Notwendigkeit zu einem operativen Eingriff bestanden habe. Es hätte nur eine gewöhnliche Wunde, die durch die Verletzung entstanden sei, gegeben. Er sei dann nicht bei seinem Bruder zusammengekommen, habe aber geäußert, daß er mit 18 Jahren einen Selbstmordversuch unternommen habe. Nach dem Kriege sei er außerordentlich reizbar geworden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Der Gefängnisarzt Dr. Schmitt gibt an, daß dieser Verstoß seinen Verstoß durch einen Selbstmordversuch unternommen habe. Er sei durch die Verletzung verstimmt worden, aber nicht als gewalttätig empfunden, sondern als sehr unbedingte Zuverlässigkeit hatten; er könne auch nicht lügen, das er jemals gelogen habe.

Seine Anhaltspunkte vor den Angeklagten Reumann für einen pathologischen Lügner zu halten. Der Angeklagte habe sich nach seiner Meinung bei der Tat in Willensfreiheit befunden.

Dr. Schütz gibt dann noch ein Gutachten über Margies ab, an dem er die Spuren einer geistigen Erkrankung feststellen konnte. Dr. Thiele schließt sich dem Gutachten an.

Die Verhandlung wird darauf auf Mittwoch 9.30 Uhr vertagt.

Der Garantiepakt in polnischer Beleuchtung.

Von Dr. Paul Schwab.

Zeit dem Londoner Abkommen über die Durchführung des Dawesgutachtens und der damit eng verbundenen gewissen Diskussion über einen eventuellen Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund mit Sitz und Stimme im Völkerbundrat hat sich der Warschauer Regierung und der polnischen Nation eine nicht geringe Nervosität begünstigt, die durch das Verfall der Dittas geschaffenen Grenzen vergrößert. In dem Munde der Polen wird gefordert, daß man sich von Polen als wenig rüchsig empfundenen Verhalten einer amerikanischen und englischer Blätter, die immer wieder darauf zu sprechen kommen, daß sowohl der westpreussische Korridor wie auch die in Oberschlesien geschaffenen Verhältnisse nicht bleiben können. Es ist in der Tat doch auch recht fatal für die Polen, wenn erst vor kurzem wieder der „Oberver“ schrieb: „Der Danziger Korridor ist eine unhaltbare Anomalie“, und wenn Lord George, der es doch als Hauptüberbe des Verfall der Dittas wissen muß, in seinem letzten in der „Neuen Züricher Zeitung“ erschienenen Artikel davon spricht, „daß Polen ganz gegen von unbedenklichen Deutschen verstoßen“ sind das alles etwas Anzeichen einer steigenden Unsicherheit, mit deren Hilfe es den Deutschen doch irgendwann einmal gelingen könnte, eine Revision der Versailles Bestimmungen hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenzen durchzuführen? Wer schließt dann Polen?

Mit der Vermählung und bisher allerdings noch nicht betroffenen Großmännlichkeit wird allein dann nicht allzuviel zu machen sein. Polen ist zwar ungewiss, was eine Großmacht, wie das ja auf das deutliche keine Umwandlung der Berliner Grenzbestimmung in eine Vorgeschichte vor aller Welt deutlich macht, aber bei den schwierigsten wirtschaftlichen und innerpolitischen Verhältnissen des Landes hat man in Warschau doch das inständigste richtige Gefühl, daß man gut daran tut, den Beweis für die Großmachtstellung lieber schuldig zu bleiben. Das Vertrauen zu sich selbst ist in Warschau nicht allzu groß, und man weiß, daß alle noch so trefflich in Szene gesetzten großen Demonstrationen für den polnischen Korridor, alle noch so häufig angelegten „Tage für die unbefreiten polnischen Gebiete“ nichts nützen werden, sobald man sich auf Frankreich nicht mehr verlassen kann. In allen außenpolitischen Debatten des polnischen Sejms, in allen außenpolitischen Artikeln der nationalen polnischen Presse leidet diese verstoßene Angst vor einem Verlust des französischen Schutzes wieder. Und so befiehlt denn die Polen eine neue Angst, als die Frage eines Garantiepaktes zwischen England, Frankreich und Belgien von neuem auftaucht. Was sollte werden, wenn es der perfidesten englischen Politik gelang, Frankreich am Rhein festzulegen und dadurch zu Zugeständnissen in anderen Teilen seiner europäischen Wadtpolitik zu bewegen? Die Sache schien gefährlich, zumal Polen durch sein Vorgehen in Danzig gerade nicht zu einer Verbesserung der englischen Stimmung beigetragen hätte. Da aber kam man auf die glückliche Idee, den französischen Freunden nahe zu legen, doch dafür Sorge zu tragen, daß der in Aussicht genommene Garantiepakt in französischen Interesse notwendig auch die Garantie der polnischen Grenzen umfassen müsse. Im polnischen Sejm forderte der von nationalpolitischer Seite als „groß“ angesehenen gelehrten Abgeordneten Zdzislaw Jozefowski es Polens Aufgabe sei, Frankreich zu beweisen, wie wenig es genüge, Englands Grenze am Rhein zu sichern, sondern daß auch die französische Grenze an der Weichsel gesichert werden müsse. Es bleibt zwar Stronks Geheimnis, seit wann der Rhein ein deutsch-englischer Grenzfluß geworden ist und seit wann die Weichsel Deutschland und Frankreich

treimt, der Erfolg war jedenfalls mit diesen Behauptungen auf seiner Seite. Das Schlagwort für die im Augenblick unbedingt notwendige Aufrichtung einer polnischen französischen Weichselfront war gefunden, und es verbleibe keine Furchung nicht, die der polnische Außenminister bei seinem Besuch in Paris natürlich noch gründlich unterstreichen bleibt.

Nun bleibt allerdings abzuwarten, wie weit man es in Paris ganz ehrlich mit seiner Bereitwilligkeit mehr, als einem Garantiepakt auch die polnischen Wünsche unbedingt berücksichtigen zu lassen, oder ob man diese nur als tadelnde Mittel für die Verhandlungen verwenden will. Ebenfalls abzuwarten steht, ob nicht auch hinter dem von der Warschauer Regierung ausgehenden Feldzug, die Weichselfront in Gefahr“ nicht noch etwas anderes sich verbirgt. Man braucht wegen der durch die Völkervereinbarung angebrochenen Danziger Frage eine aufgeklärte Volksmeinung, und es ist ja genug, daß ein Teil der polnischen Presse bereits zu einem Gemächel sich gegen Danzig auffordert, wenn der Völkerverbund gegen Polen eingeschritten sollte.

Sozialistische Verleumdungen.

Ein Verleumdung gegen den „Vorwärts“.

Die Deutsche Nationale Pressehefte lesen mit: Durch den Barmanntal sind führende Männer der Sozialdemokratie in ihrer Weise bloßgelegt. Da die Weichsel die sozialdemokratische Presse neuerdings mit Schmähtiteln versehen, die sich gegen solche Persönlichkeiten richten, die im Kampf gegen die Vornation vorangetrieben werden. Insbesondere wird in der Sozialdemokratie die Sozialdemokratie im Allgemeinen Wilhelm Buchner im Barmanntal als Vorkämpfer der Weichsel gegen die Sozialdemokratie genannt. Die Sozialdemokratie wurde eine alte Geschichte aus dem Jahre 1909 wieder aufgedeckt, obwohl die Weichsel durch die Sozialdemokratie mit einer völligen Umkehrung des Heres Buchner beendet wurde. Als der „Vorwärts“, der die Sozialdemokratie in ihrer Weise bloßgelegt hat, von der Weichsel entnommen wurde, wurde die Sozialdemokratie in ihrer Weise bloßgelegt. Die Sozialdemokratie wurde eine alte Geschichte aus dem Jahre 1909 wieder aufgedeckt, obwohl die Weichsel durch die Sozialdemokratie mit einer völligen Umkehrung des Heres Buchner beendet wurde. Als der „Vorwärts“, der die Sozialdemokratie in ihrer Weise bloßgelegt hat, von der Weichsel entnommen wurde, wurde die Sozialdemokratie in ihrer Weise bloßgelegt.

Houghton über Deutschlands Abrüstung.

Newport, 11. März. Der bisherige Vorkämpfer in Berlin Houghton ist gestern in New York eingetroffen.

Zu einer Unterredung mit Pressevertretern war Houghton in allerhöchster Weise darauf hin, daß die angeblichen deutschen Abrüstungen, wie sie die Kontrollberichte Deutschlands zum Vorschein brachten, in Wirklichkeit nicht befanden.

Derartige Berichte erhalte man täglich zum Morgenessen vorgelegt. Er könne versichern, daß sie nicht zutreffen. Deutschland hätte vollständig abgerüstet. Daß einige Verleumdete vielleicht ein paar Hundert Gewehr gefunden hätten, könne an dieser Tatsache nichts ändern.

China vor einem neuen Bürgerkrieg.

Paris, 10. März. Nach einer Befängler Meldung der „Daily Express“ rednet man mit einem neuen Ausbruch des Bürgerkrieges. Diesmal stehen sich Zhang-Tao-Sin, der Gouverneur der Mandchurie, und der General Feng-Yu-Shan gegenüber, die sich vor einigen Monaten verbündet hatten. Zwischen dem Diktator Wu-Wei-Sin zu befehlen. Die gegenwärtigen Bewegungen lassen auf einen bevorstehenden Ausbruch der Feindseligkeiten schließen.

Der größte Restaurationsbetrieb der Welt.

Wenn man über eine der Londoner Hauptstraßen bummelt, werden die Spaziergänger immer wieder an den auffallendsten Stellen Vöden im Schmudde der weidgoldenen Farben mit der Firma „Yvons“ auffallen. Diese kleinen und größeren Geschäfte und ein äußeres Zeichen eines der merkwürdigsten Unternehmen in der Geschichte des englischen Handels.

Im Jahre 1875 stellte Montague Glustein, Mitinhaber der bekannten Tabakfirma Salmon & Glustein, die Erzeugnisse seines Hauses in einer Provinzstadt aus und ärgerte sich über die mangelhafte Versorgung der Ausstellungsbesucher zu den Wahlzeiten. Er überlegte sich die Sache, orientierte sich über die Möglichkeiten und hat einige seiner Angehörigen, ihn in einem Versuch zu unterstützen, er übernahm die Restaurationsbetriebe der Westminster Jubiläumsausstellung 1887. Hier machte er zum ersten Male eine Feuertaube auf, in der man neben allen Bequemlichkeiten die Möglichkeit fand, gutes Brot und gute Butter zu maßigen Preisen zu bekommen. Diese Feuertaube war der Grundstein zu den heutigen Yvons-Unternehmungen mit den palastartigen Hotels, mit den herrlichen, berühmten Restaurants und mit den zweihundert Feuertauben, die allein in London existieren.

Die ganze Organisation der Yvons-Betriebe wird von zwei Produktionsmittelpunkten aus befehligt: Greenford in Middlesex und Gobby Hall Kensington, London. Greenford ist mehr als eine Fabrik. Man kann es getrost eine Stadt nennen. Die Gebäude, die den Yvons-Betrieben gehören, umfassen über 2000. Hier sind ungeheure Mengen an Arbeiter beschäftigt. Hier sind die Yvons-Schokoladen, Bonbons, Süßigkeiten und alle seine Feinlebensmittel, die handarbeitlich hergestellt werden, hier in ungeheuren Mengen hergestellt. Hier sind auch die eigenen Maschinenwerke, die die Yvons-Betriebe mit allen notwendigen Maschinen versorgen. Hier sind die Schneidereien für die Vöden der Angestellten und für die Arbeitskleidung der Arbeiter und Köche. Hier werden schließlich die gesamten Waupläne für neu zu errichtende Gebäude ausgearbeitet.

Das Rohmaterial, das der Verarbeitung in Greenford zugeführt werden soll, tritt auf einer eigenen Bahnlinie an, aber kommt auch auf dem Landwege an dem Wasserwege durch einen eigens gebauten Kanal, der ein Wasserwerk an technischer Vollkommenheit darstellt. Der ankommende Tee wird hier gelagert; täglich werden un-

Kokales.

Aus der Provinzialverwaltung.

Der Provinzialausschuß beschloß in seiner letzten Sitzung, darauf hinzuwirken, daß der Provinziallandtag zu seiner diesjährigen Frühjahrsitzung nicht wie ursprünglich vorgesehen, zum 24. d. Mts., sondern zum 31. d. Mts. einberufen wird. Er teilte ferner folgende Provinziallandtagsbeschlüsse mit:

Am Stulle des Kaufmanns Strengin in Garbelgen den Landwirt Behring in Lindberg, für den Landrat a. D. Frhr. v. Bodenhausen in Burgstalle den Schornsteinfegermeister Döring in Jely, an Stelle des Zimmermeisters Eise in Jochberg den Bauleiter Dr. Hübner a. D. Hofner in Galko, sowie für den Fehr v. Bluffing in Ringowen den Oberamtmann Kündner in Erfurt.

Der Provinziallandtag soll vorgeschlagen werden, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, den Provinzialverband von Sachsen an der in Aussicht genommenen Erhöhung des Gesellschaftskapitals der Mitteldeutschen Reichs- und Provinzial-Verkehrs-Gesellschaft in Magdeburg, von 200 000 Mark auf 2 Millionen R.-M. mit einem Betrage von bis zu 300 000 R.-M. zu beteiligen, zwecks weiterer Förderung der Elektrizitätsversorgung der Provinz Sachsen soll dem Provinziallandtag ein Beschlussesantrag unterbreitet werden, der dahin geht, daß der Provinzialausschuß ermächtigt wird, zur Durchführung der Vorarbeiten der Elektrizitätsversorgung, und zwar im besonderen Interesse der Landelektrizität in Halle, Verwendungen finden sollen, bis zur Höhe von 4,2 Millionen Mark die selbstständiger Bürger übernehme.

Der Provinzialausschuß beschloß sich weiterhin mit dem Beschlusse der Provinz Sachsen im Hinblick auf die Eintragung, das zur Aufnahme von tuberkuloseverdächtigem gefährlichen Kindern dient, zu erweitern. Es soll dem Provinziallandtag vorgeschlagen werden, für diese Zwecke 300 000 Mark in den Haushaltsplan einzurechnen; mit deren Hilfe würde sich das Heim bereit erweisen lassen, daß in Zukunft 80 tuberkuloseverdächtige Kinder aus der Provinz Sachsen, die durch die Wohlthätigkeitsanstalten in der Provinz aufgenommen werden sollen. Der Akademische gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt wurde aus Provinzialmitteln eine einmalige Beihilfe von 1500 Mark gewährt.

Große Reform im Apothekenwesen. Schon seit vielen Jahren wird eine gründliche Reform des Betriebsrechtes der Apotheken beabsichtigt. Früher schickten alle Pläne an den hohen Beamten der Apotheken, deren sachliche Werte nicht geschätzt wurden, die sich nur fürchten auf das Recht in dem Betriebe der Apotheken. Sehr viele Apotheken waren mit gewaltigen Schulden belastet. Der Währungsverfall hat diese Schulden belastigt. Damit ist dieses große Hindernis einer gründlichen Reform im Apothekenwesen zum größten Teile ausgefallen. Man kann es daher verstehen, wenn die Frage der Reform des Apothekenwesens in den beteiligten Kreisen wieder lebhaft erörtert wird, und zwar geht die Reformbewegung im allgemeinen dahin, die besonderen Konzeptionen u. dergl. für die Apotheken zu befeitigen und grundsätzlich Freiheit für die Wiederfassung festzulegen.

Unteroffizierskonzert in Potsdam. Der seit langer Zeit geplante Unteroffizierskonzert-Tag in Potsdam, verbunden mit der Einweihung eines Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen Kameraden, findet nunmehr bestimmt am 6., 7. und 8. Juli 1925 statt. Den Ehrenvorsitz für diese Veranstaltung hat Dr. Erlling v. Hohenhausen übernommen. Am ganzen Deutschen Reich wird große Begeisterung für diesen Wiederbesuch, und die Gründung von über 200 Arbeitsgemeinschaften läßt erkennen, daß sich viele tausende ehem. Unteroffizierskinder und -Väterlicher in den Mauern Potsdams einfinden werden. Das genaue Programm wird nach Bekanntgeben: Anmeldung zur Teilnahme bis 1. April 1925.

Die deutsche Kriegsblindenhilfsliga für Landwehr und Marine hat eine Anweisung für die erhaltungsbedürftigen Kriegsblinden erlassen, die auf das ganze Reichsgebiet ausgeht, besagt, daß die Genehmigung aller Führer vorliegt. Der Vorstand der Kriegsblindenhilfsliga befindet sich in seinem Aulast: 2800 Kriegsblinde, deren notwendiger Lebensunterhalt durch staatliche Versorgung gesichert ist, bedürfen bringen einer ergänzenden Fälligkeit zur Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit und zur Erneuerung ihrer Arbeitskraft. Neue Mittel sind nötig, um das Erhaltungsbüro des Bundes erblindeter Krieger in Herberg a. Harz zu erweitern und weichtigen den Kriegsblinden einen Aufenthalt zu ermöglichen.

Ausführungen durch Telegraphenblinder. In letzter Zeit häufen sich die Klagen, daß der Unterhaltungsgrund durch Telegraphenblinder gestört wird. Die deutsche Telegraphenverwaltung steht nun auf dem Standpunkt, daß der notwendige Nachdruck zu nehmen ist, um gegen die Unterhaltungsgrundmitten unterbrochen werden darf andererseits aber sind in Verbindung mit dem Sendebestellungsstellen und den großen Amtverbänden bereits Maßnahmen eingeleitet.

worden, die zum Teil mit technischen Mitteln, eine größtmögliche Besserung dieser Störungen zum Ziele haben. Der für den Kundfunk bestimmte Wellenbereich soll nach und nach von anderen Diensten völlig freigemacht werden.

Aus dem Reise.

Magdeburg. Das Verhältnis einer Ehefrau mit ihrem Mann in der Provinz hat in diesen unangenehmen Folgen gezeigt. Kaufmann A. hier traf abends gegen 11 1/2 Uhr, als er seine Wohnung aufsuchte, seine Ehefrau, bis auf Hund und Beinkleid entleidet, in dem Zimmer seines Untermieters, eines 23jährigen Mannes. In der Erregung zog A. seine Pistole und besaß den jungen Mann durch einen Schuß in die rechte Schulter. Der Verletzte wurde nach der Altkrankenhaus gebracht.

Wandenburg. Mit Leuchtgas vergiftete Verichte für den Kaufmann M. am Montag morgen in seiner Wohnung in einem Unfall geführter Unmündigkeit. Die von den Zuarbeitern der Feuerwerk angelegten Wiederbelebungsversuche waren nach längerer Tätigkeit von Erfolg. Der Lebensmilde fand Aufnahme im Krankenhaus Eubenburg.

Leipzig. Aus dem Fenster ihrer Wohnung im zweiten Stock stürzte die Tochter der Leichter, Leipzig-Neustadt eine 67jährige Arbeiterin in den Hof hinab. Der Tod war sofort eingetreten. Sie hatte die Gewohnheit gehabt, auf einem Stuhle sitzend zum Fenster hinausschauen. Man nimmt an, daß sich die Verunglückte zu weit hinausgebeugt und dabei das Gleichgewicht verloren hat.

Sonneberg. Wegen fahrlässiger Züchtung verurteilt wurden der Landwirt B. und der Metzger Schindhelm. Am 26. Juni vorigen Jahres wurde der 16 Jahre alte Lehrling Ernst Kempel aus Sonneberg, der mit dem Aufsteigen von Leuchtgasmaschinen beschäftigt war, an einem Malt der Starstromleitung hängend tot aufgefunden. Der Tod war durch Verätzung eingetreten. Die Untersuchung ergab, daß das Leuchtgas unter Strom geführt worden war, ohne der Züchtung seine Arbeit beendet hätte. Rummel ist der Landwirt B. Leipzig als Notwehr bei Sonneberg der das Leuchtgas zum Ablauf der verarbeiteten Sperre unter Strom gesetzt hatte wegen fahrlässiger Züchtung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Diefelbe Strafe traf den Metzger Schindhelm aus Oberlind, der den Mord mit einem Transformatorhaus aus den Händen gegeben hatte.

Leipzig. Ein Kubabstreifer auf die Postagentur B. in Leipzig bei Sonneberg wurde von zwei Männern ausgehört. Als die Tochter des Postagente die Tür öffnete, fielen zwei Schüsse. Der im Haus sitzende Postagente wurde erheblich verletzt, während die Tochter mit einem Streifschuss davonging. Die Mörder, die die Telefonleitung durchschnitten hatten, erkannten sich eilig und schloßen die Tür hinter sich, als die beiden sehr scharfen Hunde des Postagente die Treppe hinuntergesprungen kamen.

Jena. Von einem Auto totergefahren wurde die 4 1/2 Jahre alte Elise Wohlgelegen. Den Chauffeur trifft keine Schuld. Das Kind ist direkt vor das Auto gelaufen.

Wetha. Die Gattin eines der Handelsmannen B. vom als er hat nach Hause kam und seine Frau im Beschlusse Verhaftung wegen der Schmach und Vieh nicht gewußt zu haben, daß der Revolver geladen war und einschlug sich im Rücken damit, daß er schwer bedenklich gewesen sei. Das Gericht schenkte ihm Mitleiden und bestrafte ihn mit neun Monaten Gefängnis.

Altenau. Kampf mit einem Verbrecher. Der Arbeiter Max Schneider, der wegen verschiedener Straftaten eine längere Freiheitsstrafe ablesen mußte und sie zum großen Teil verbüßt hat, war vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen. Er wurde zwischen Schmiedefeld und Althagenbach verhaftet, unterlag sich jedoch mit dem Verbrechen, den einen Mann der nach dem Tode des Verbrechens, den den Arme verletzten. Der Beamte machte nun auch von seiner Waffe Gebrauch und schoß den Verbrecher nieder.

Unterhaveln. Ein See Bergmanns. Auf dem Stollenhütze des Fördermanns Gottsch von hier in einen 9 Meter tiefen Hohlraum und zog sich dabei mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen zu, so daß der Tod nach einigen Stunden eintrat.

Braunshweig. Die Grundsteinlegung für ihren Stahlhelm-Wohnungsbau, der 200 Familien Unterkunft verschaffen soll, nahm die Ortsgruppe Braunshweig des Stahlhelms vor. Die Baukosten sollen zwei Millionen Mark betragen. 1,4 Millionen Mark will der Stahlhelm selbst aufbringen. 600 000 Mark sollen durch Bauaufschußung gebrückt werden. Die Grundsteinlegung wird am 27. Juli stattfinden. Dieser Häuserbau beweist die Traktat des Stahlhelms, die sich in Braunshweig und in sozialer Beziehung wiederholt gezeigt hat.

Charlottenburg. Die Gauereien einer Krankenwärterin. Die Schwestertracht hat die Krankenwärterin Hildegard Weindorf in irrtölicher Weise zu Schindeln führen benützt. Unter der Mante, neugierig die Wände betasteten, um zu wissen, welche die besten Stellen sind, um zu arbeiten, suchte sie, als sie die besten Stellen gefunden hatte, die sie nicht mehr betastete, sondern sie für die armen Leute ganz unerschwinglich war, aufzureiben. Blösig behauptete sie, daß sie unwohl sei, und bat um ein Glas Wasser. Dies war aber nur ein Vorwand, um die Leute fortzuführen, denn in der Zwischenzeit öffnete sie ein Spinnrad, das sie mit sich genommen hatte, und vertrieb die Leute. In einem Falle hatte sie einer 77jährigen alten Frau die ganze Monatsrente in Höhe von 12 Mark entwendet, in einem anderen Falle einer Greisin die pfennigweise zurückgelegten Beträge zu ihrem Begräbnis gestohlen. Das Amtsgericht Charlottenburg hatte die weibliche Krankenwärterin zu 9 Monaten Gefängnis und Ehrverluft verurteilt. Bei der Berufung kam die Strafammer des Landgerichts III zu demselben Urteil.

Magdeburg. Eine 40jährige Häublerbande, die die Provinz Magdeburg und das benachbarte Mecklenburg seit längerer Zeit unruhig machte, wurde von der hiesigen Polizei gefangen genommen. Nachdem zuerst die Häublerbande in Magdeburg verhaftet worden war, folgten die weiteren Ermittlungen zur Festnahme von 39 anderen Spießgefeilen, die sich an den organisierten Raubzügen beteiligt hatten. Vermutlich kommt auch ein Teil der vielen Brandstiftungen in Mecklenburg auf das Konto der Häublerbande.

Hamburg. Es wanderten aus im Januar über Hamburg nach Lüneburg insgesamt 3 413 gegen 5 794 im Jahre 1924. Davon waren im Januar dieses Jahres 2 801 Deutsche und 612 Fremdländer. Im vorigen Jahre war das Verhältnis 4 489 und 1 305.

Meerwälder. Feuer brach in Midlum im Landkreis Lehe auf dem Hofe des Landwirts Rudolf Müller aus. Verbrannt sind dreißig Stück Vieh, 9 Schafe, Maschinen und Getreidevorräte. Die Ursache des Brandes soll in Kurzschluß liegen.

Norden. Einen nichtswürdigen Verbrecher hat man auf die Spur gekommen. Das etwa 2 Jahre alte Kindlein gequartiert wurde, war seit einiger Zeit ebenfalls erkrankt. Trotz aller ärztlichen Saunnt wollte keine Besserung eintreten, bis schließlich eine Nötigungsbekundung vorgenommen und durch diese festgestellt wurde, daß das arme Kind sieben Pfänder in im Körper hatte, welche wegen einer Infektion durch den Halsgang durch eine chirurgische Operation entfernt werden mußten. Das Kind erholte sich sehr schnell. Der Verdacht lenkte sich auf die Mutter, die verhaftet wurde. Sie hat bereits eingekannt, daß sie dem Kinde nach und nach die Nadeln an verschiedenen Stellen des Körpers zugeführt habe. Ueber die Mutter zu dieser nichtswürdigen Tat verurteilt nicht Bestimmtes.

Stettin. Sturm in der Elbe. Infolge eines starken Nordweststurmes mußten viele kleinere Schiffe Rügenküste und den Straßburger Dafen als Notlandung anlaufen. Der Sturm trieb das Wasser aus dem Mund in die Elbe, so daß viele kleine Boote in die Elbe zu entweichen und sich zwischen Rügenküste und Straßburg nicht ausfahren konnte. Die Fahrtrichter verkehrten jedoch, wenn auch unter Schwierigkeiten. Im Hafen liegen mehrere Segler in Schuß, so ein Hamburger, ein Bremer und ein Duisburger.

Bodum. Ein Raubverbrechen auf einen Kassenbuch der Nährkraft, der Rentengelder zwischen Bodum und Langendreeb beförderte, wurde von einem unbekannt gebliebenen Manne vollzogen. Als der Mann die Straßbahn verlassen wollte, wurde er von einem Mann in die Wagen und entlich ihm die Aktentasche. Bei der sofort aufgenommenen Verfolgung gab der Räuber mehrere Schüsse ab. Die Tante, in der das Geld sich befunden hatte, warf er in einen Straßengraben. Er entkam aber mit einer Summe von rund 14 000 Mark.

Hannau a. M. Gelegentlich der Brandartenweibe des Vereins ehemal. 6er Mannen von Wigow an den Fingalfeierungen (30. Mai bis 1. Juni d. J.) findet eine Wiederbesuchung statt, die ehemal. 6er Mannen in die Vergangenheit und in die historische Festung die Entstehungsläden des 6. Mannenregiments, das aus Wigow schwarzer Reiterkorps herangezogen, dessen erster Kommandant Major v. Wigow und dessen erster Adjutant Theodor Körner war, veranschaulicht. Die alte Garnisonstadt Hannau wird sich freuen, recht viele alte 6er Mannen an diesen Festtagen in ihren Wägen begrüßen zu können. Anfragen an die Mannen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Vereins ehemal. 6er Mannen, Hannau a. M., Salzstraße 28.

Marzahn. Ein ungewöhnlicher Schneeeum bereich im hohen Schotzow Wald. Auf den Berggipfeln des hübschen Schotzow Waldes, wo allem der Gebiet der Feldberge übersteigt die Schneehöhe die Höhe von einem Meter. Die Temperatur liegt 3 4 Grad unter Null. Die Winterportverhältnisse sind im gesamten Schwarzwald oberhalb 800 Meter sehr günstig, in den Tiefenlagen herrscht Tauwetter.

Christ ist erstanden!

Von Alfons Heilmann.

Alfons Heilmann ist ein Pfleger der Gedankenfälle. Als Beispiel dafür bringen wir mit Einverständnis des Verlags (Herder, Freiburg i. Br.) aus seinem gern gelesenen Buche „Luzern der Sünde“ (geb. G.-M. 3,50) nachfolgende Darstellung.

In seiner tragischen Menschheitsblutung zeigt Goethe in der Zeit des Faust den am Leben verzweifelnden Menschen, der in der Nacht zum Sterbortgen zur Hölle geht, um sich von der Qual des Erbdenkens zu befreien. Aber in dem Augenblick, da er den Erden zum Grunde führen will, ertönt von der Klosterkirche herüber Glockenklang und der Chorgesang der Engel:

Christ ist erstanden!
Freude dem Sterblichen,
Denn die verdorbenen,
Schlafenden, erlöset
Mängel umwandeln!

Faust wird von diesen Klängen tief ergriffen, die Erinnerung an seine gläubenselige Jugend kommt weich und mahnt über seine Seele. Und obwohl er in dieser Stunde von sich gehen muß: „Die Vorsicht hör ich wohl, allein ohne dein Glauben“, so ist ihm zu Herzen gehende Erkenntnis doch mächtig genug, ihm am Leben zu erhalten. Eher erweist sich an ihm selber als die Verzweiflung.

Faust der Verzweifelte geht heute wieder in tausend Gestalten auf der Erde um. Er ist als hoffnungslos Besessener in zahllosen Gefängnissen, aberndert den Hunn jahrelanger Arbeit und Plage und will enttäuscht das Leben von sich werfen; er jammert als Krüppel der Welt seine nicht mehr löbte; er weint in Tränenenden alteren um den Verlust der Klugen, die ihm das Leben freudlich und hoffnungsvoll gemacht haben und nun nicht mehr; er verzweifelt in unzähligen Insurienben mit lebensfähigen

Gebärden gegen Unterdrückung und Ausbeutung und will lieber als Empörer schmählich enden, als unter solchen Gezeiten weiterleben. — Das ist Faust der Verzweifelte in seiner wilden Gestalt während der Nacht zum Sterbortgen. Und wieder klingen die Engelklänge von den hohen Tönen und schlichten Landstufen der freudigen, gläubigen Weltzeit in die Welt hinaus, und die Verzweifelnden, Enttäuschten, Verarmten, Trauernden und Verbitterten hören betroffen und erschüttert auf, und viele von ihnen schöpfen aus diesem Mitleid wieder die Kraft zum Leben, wenn auch manchen die Faust der volle Glauben fehlt.

Das freudige, aufstrebende Mitleid tat uns nie so bitter, noch wie jetzt, da so viele Menschen von der fauligen Verweigerung an Leben befallen sind. Niemand bedürfen wir alle mehr eines gläubigen Bildes auf den glorreichen Leberwinder der menschlichen Torheit und Bosheit, auf den göttlichen Sieger über Tod und Hölle als heute, da uns die erste Sorge beschleht, ob es überhaupt noch möglich sein werde, sich mit der Welt zu begnügen. In der Welt der Verweigerung, der Verweigerung und Verweigerung mit Gewalt und Lüge seine Herrschaft aufrechtsetzt hat und alles Wahre, Gute und Heilige beschleht. So viele sind heute enttäuscht und hoffnungslos wie die Jünger am Karfreitag; sie hatten eine Erneuerung des guten Geistes in der Menschheit erhofft und sehen nun ihre Aufstrebung völlig vernichtet. Wer soll die Welt retten, noch ist nicht der Tage Wende! Was ist, ob Gott die Welt nicht gerade durch noch tieferes Leid und durch den Elend an ihrer eigenen Erbarmlichkeit und sittlichen Hilfslosigkeit zu höheren Einsichten erheben, zu reinerer Gesinnung läutern und zu menschenwürdigeren Grundtendenzen der sozialen und staatlichen Lebens begreifen will? Denn an den Dogmen, den man an ersten Karfreitag gehandelt hat mit allen menschenwürdigen Tugenden und Erleuchtungen, für immer zum Schweigen gebracht hatte, den die geistliche und weltliche Dürstigkeit seines Landes und sein ganzes Volk, das es so unglücklich liebte, zum Verbrechertode führte, an dem selbst das kleine Säuslein seiner Jünger irre ward: wer hätte damals an den Besten Christi glauben mögen! Dennoch sprangen schon am dritten Tage die Seime seines Gedankens aus: er war wider da und wolkete mit Macht

und Hoptet und lebt heute noch in unbedeutender Herrlichkeit auf Erden in den geheiligten Seelen seiner Gläubigen. Seit Christus auferstanden ist, haben die Menschen kein Recht mehr, an dem Siege der Wahrheit und Gerechtigkeit zu zweifeln, mögen die Wägen der Trübsal noch so schwer und schwer über die Welt dahinfluten, mögen Lüge, Gewalt und Selbsthüt noch so prächtig triumphieren; der im Himmel thronet lacht ihrer. Was das Böse aus an der Oberfläche des Lebens weiterwuchern; seine Wurzeln sind zertrümmert, es vermag sich nicht mehr aus den Tiefen zu heben, aus denen alles Leben und Segenfließen sich nährt muß. Freilich haben die Wägen der Trübsal noch so schwer und schwer als unsere häßlichen Turm- und Säulen; wir dürfen nicht meinen, daß sich die Gerichte des Herrn auf der Stelle vor unseren Augen vollziehen müssen. „Gottes Mühen mahlen langsam, aber sicher!“ Bewahren wir darum die Ruhe des Geistes und erneuern wir in den hohen Dertagen unser Vertrauen auf den Sieg des Guten.

Freilich haben die Wägen der Trübsal noch so schwer und schwer als unsere häßlichen Turm- und Säulen; wir dürfen nicht meinen, daß sich die Gerichte des Herrn auf der Stelle vor unseren Augen vollziehen müssen. „Gottes Mühen mahlen langsam, aber sicher!“ Bewahren wir darum die Ruhe des Geistes und erneuern wir in den hohen Dertagen unser Vertrauen auf den Sieg des Guten.

Christ ist erstanden
Aus der Verwehlung des Hoptes;
Reicht von Wänden
Reicht von Wänden
Tätig ihn erfinden,
Liebe beweisenden,
Brüderlich beweisenden,
Freudigen beweisenden,
Wonne beweisenden,
Euch ist der Pfister nah,
Euch ist er da!

